

12.02.2019

Antrag

der Fraktion der AfD

Debatte um Feinstaub und Luftreinheit versachlichen, Ideologie ausblenden, unabhängige und wissenschaftlich fundierte Untersuchungen schnellstmöglich auf den Weg bringen

I. Ausgangslage

Die These, dass Feinstaub und Stickstoffverbindungen in deutschen Städten potentiell gesundheitsgefährdend seien, wird inzwischen von mehr als 100 renommierten Wissenschaftlern, zumeist Lungenfachärzten, bezweifelt¹. In einem Gutachten dieser Gruppe heißt es, dass „derzeit keine wissenschaftliche Begründung für die aktuellen Grenzwerte für Feinstaub und NOx“ gegeben sei². Nach Ansicht der Unterzeichner der Stellungnahme enthalten die wissenschaftlichen Daten, die zu den geltenden Grenzwerten von 40 µg/m³ Luft führten, eine Reihe systematischer Fehler. Sie betreffen Korrelation und Kausalität, Störfaktoren, Schwellenwert und Toxizitätsmuster sowie Falsifikation³. Die Fachärzte fordern daher eine Neubewertung der wissenschaftlichen Studien durch unabhängige Forscher. Das Papier der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP), der Deutschen Lungenstiftung und des Verbandes Pneumologischer Kliniken (VPK) ist mittlerweile öffentlich einsehbar.

Bislang herrschte ein weitgehender Konsens unter Politikern und Wissenschaftlern, dass die Lebenserwartung in Deutschland aufgrund der Luftverschmutzung reduziert werde. Unter Berufung auf Daten insbesondere der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde argumentiert, durch Stickstoffverbindungen (NOx) in der Luft gebe es bis zu 13.000 und durch Feinstaub bis zu 80.000 zusätzliche Sterbefälle pro Jahr. Auf diesen Zahlen baut das neue Papier auf, das vom Lungenmediziner Dieter Köhler, dem ehemaligen Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie, und drei Co-Autoren verfasst wurde. Etwa die

¹ https://www.lungenaerzte-im-netz.de/fileadmin/pdf/Stellungnahme_Unterschriftenliste.pdf

² https://www.lungenaerzte-im-netz.de/fileadmin/pdf/Stellungnahme__NOx_und__Feinstaub.pdf

³ Vgl. <https://www.allum.de/wissenswertes/zur-bedeutung-von-grenz-und-richtwerten-der-umweltmedizin/grenzwerte>

Datum des Originals: 12.02.2019/Ausgegeben: 15.02.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

gleiche Anzahl an Menschen in Deutschland sterbe im Jahr an Lungenkrebs, der durch Zigarettenrauch bedingt würde, und an chronisch obstruktiver Lungenerkrankung (COPD).

„Lungenärzte sehen in ihren Praxen und Kliniken diese Todesfälle an COPD und Lungenkrebs täglich; jedoch Tote durch Feinstaub und NO_x, auch bei sorgfältiger Anamnese, nie.

Bei der hohen Mortalität müsste das Phänomen zumindest als „assoziativer Faktor bei den Lungenerkrankungen“ irgendwo auffallen“.

Die Verfasser des Gutachtens halten darum die Grenzwerte, die per EU-Verordnung erlassen wurden, für „völlig unsinnig“. „Wenn man die Belastung, der ein Zigarettenraucher ausgesetzt ist, mit der angeblichen Belastung durch Feinstaub vergleicht, müsste eigentlich jeder Raucher binnen weniger Wochen tot umfallen“, sagte Köhler der Presse, um einen bildlichen Vergleich zu ziehen.

Die Überschreitung der Grenzwerte führt bislang insbesondere in NRW zu Klagen der DUH gegen Städte und drohenden Fahrverboten, zunächst für Dieselfahrzeuge. Aber auch Benzinmotoren stehen in der Kritik, ebenso Silvesterböller und die Landwirtschaft. Im Freien gilt ein Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid (NO₂) pro Kubikmeter Luft. Hingegen sind in Büros 60 und an Produktionsstätten sogar 950 Mikrogramm zugelassen. In der Schweiz sind beispielsweise 6000 Mikrogramm am Arbeitsplatz erlaubt.

Köhler, der Hauptinitiator des Gutachtens, hatte die WHO-Studie, auf die sich viele Folgeuntersuchungen beriefen, in der Zeitung WELT schon im März 2018 in Zweifel gezogen. Die Studie klammere wesentliche, wissenschaftliche Aspekte aus, wenn sie die etwas kürzere Lebenserwartung von Anwohnern verkehrsreicher Straßen mit der Lebenserwartung in besseren Wohngebieten vergleiche. Es sei sehr wahrscheinlich, dass die wissenschaftlichen Daten, die zu diesen scheinbar hohen Todeszahlen führen, einen systematischen Fehler enthielten, so die Wissenschaftler.

Eine genauere Analyse zeige, dass diese extrem einseitig interpretiert wurden, immer mit der Zielvorstellung, dass Feinstaub und NO_x schädlich sein müssen. Andere Interpretationen würden gar nicht erst berücksichtigt, obwohl diese viel wahrscheinlicher wären. Aus dieser Korrelation werde fälschlicherweise eine Kausalität suggeriert, obwohl es viel offensichtlichere Erklärungen für die Unterschiede gebe.

II. Der Landtag stellt daher fest:

1. Die Luftreinheit in den Städten in NRW basiert auf diversen Faktoren. Eine rein emotional geleitete Debatte und sachliche Verengung auf Feinstaub und Stickoxide ohne wissenschaftliche Grundlage ist unangemessen.
2. Die Ideologisierung des mutmaßlichen Gefährdungspotentials von Feinstaub für die Gesundheit ist nicht zielführend, die Debatte muss versachlicht werden und etwaige tatsächliche wie rechtliche Folgen müssen auf nachweisbaren Fakten beruhen.
3. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung und Bewertung dieses Themas ist daher zeitnah geboten.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Versachlichung der Debatte einzusetzen und dort die Erstellung von wissenschaftlich fundierten Grundlagen aktiv einzufordern und zu betreiben.
2. selbst unabhängige Gutachten in Auftrag zu geben, die das Thema Feinstaub, die Höhe und Sinnhaftigkeit von Grenzwerten, und die möglichen Auswirkungen von Feinstaub auf die Gesundheit wissenschaftlich umfassend analysieren.

Nic Peter Vogel
Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion